

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähr 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Sonnabend, den 7. Dezember 1895.

2. Jahrgang.

Vierzu eine Beilage.

Parteigenossen!

Der Schlag, den das Berliner Polizeipräsidium auf Betreiben des jetzt schon gestürzten Ministers des Innern, Herrn von Köller, gegen den Parteivorstand und die Berliner Genossen geführt hat, ist Euch bekannt.

Indem das Berliner Polizeipräsidium auf Grund des § 8 des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 11. März 1850 den Parteivorstand als politischen „Verein“, der mit „anderen Vereinen gleicher Art“ zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten sein soll, vorläufig schloß, hat es die Partei ihrer erwählten Leitung beraubt.

Dieser Schlag, erlassen und ausgeführt in dem Glauben, dadurch die Partei auf's Schwerste zu treffen, ist, wie so viele andere frühere Maßregeln gegen uns ein Schlag in's Wasser!

Die Partei hat in Jahrzehnte langen Kämpfen so zahlreiche und harte Verfolgungen erfahren und hat sie alle überwunden, daß dieser neueste Streich uns nur ein Achselzucken abzwängen kann.

Verfolgt, prozessirt und zu verschiedenen Malen aufgelöst vor dem Sozialistengesetz, geächtet in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei Deutschlands geworden.

Und die vierhundertundvierunddreißig Jahre Gefängniß- und Zuchthausstrafen und die über hundertundfünfzigtausend Mark Geldstrafen, welche laut unserer Parteiprotokolle der neue und neueste Kurs seit dem Fall des Sozialistengesetzes (Oktober 1890) bis zum Breslauer Parteitag (Oktober 1895) uns einbrachten, haben ebenso wenig wie die früheren Verfolgungen unser siegreiches Vordringen hemmen können.

Mit der Zahl und der Härte der wider uns erhobenen haltlosen Anklagen, geschleuderten Beschimpfungen und infamirten Verfolgungen wuchs die Begeisterung und die Opferwilligkeit, stieg der Kampfesmut und die Kampfeslust in unseren Reihen und bethätigte sich immer glänzender das Solidaritätsgefühl unserer Genossen.

Keine andere Wirkungen können auch die Verfolgungen haben, denen die Partei seit den Septembertagen dieses Jahres auf's Neue und in erhöhter Maße ausgesetzt ist und denen der Streich des Berliner Polizeipräsidiums gegen den Parteivorstand und die Berliner Parteigenossen wohl die Krone aufsetzen sollte.

Wohlan, Parteigenossen! Der Parteivorstand ist vorläufig aufgelöst, damit übernehmen wir, die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, Eure erwählten Vertreter, bis auf Weiteres die Leitung der Partei.

Den Vorstand unserer Fraktion, die Genossen Auer, Bebel, Liebknecht, Meister und Singer betrauen wir mit der Leitung der politischen Geschäfte. Die Genossen

Förster, Koenen und Molkenbuhr, sämtlich in Hamburg, haben wir als geschäftsführenden Ausschuss eingesetzt, um die Verwaltungsgeschäfte zu erledigen.

Wir bitten demgemäß, von heute ab alle für die Partei bestimmten Geldsendungen an den Genossen Heinrich Koenen, Hamburg, Eppendorferweg 43, Haus 3,

dagegen alle Zuschriften in Agitations-, Presz-, Prozeß- und Unterstützungsangelegenheiten an den Genossen Hermann Förster, Hamburg, St. Georg, Weichersstraße 21,

zu richten. Je nach den Umständen soll die Gesamt-Partei auf einem im kommenden Jahre von uns möglichst frühzeitig zu berufenden Parteitag die Gelegenheit erhalten, wieder definitive Ordnung zu schaffen.

Parteigenossen! Wir vertrauen, daß Ihr die neue Geschäftsleitung der Partei mit allen Euch zu Gebote stehenden Kräften unterstützt, indem Ihr Eure stets bewiesene Opferwilligkeit verdoppelt und Eure Thätigkeit für die Ausbreitung unserer Prinzipien vervielfacht. Zeigt, daß Schläge, woher sie immer kommen, Euch nicht zu erschüttern, noch viel weniger aber einzuschüchtern vermögen.

Um mit unseren Gegnern, die über den „schweren Schlag“, uns der betroffenen, jubiliren, ins Gericht zu gehen, dazu werden uns die bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages noch besondere Gelegenheit bieten. Da führen

wir die Angriffswaffen, und unseren Feinden soll nichts geschenkt werden.

Parteigenossen! Schließt fester die Reihen und arbeitet unermüdet für unsere große Sache, die siegen wird und siegen muß, weil sie für die unterdrückte und ausgebeutete, unter Sorgen schmachende Menschheit eine glückliche Zukunft bedeutet. Schreitet ruhig, aber mutig vorwärts — immer vorwärts zu neuem Kampfe, zu neuem Sieg!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 4. Dezember 1895.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages.

Auer. Bebel. Birk. Bloß. Bod. Brühne. Bueb. Dieß. v. Elm. Fischer. Förster. Frohme. Gerisch. Geyer. Grillenberger. Harm. Herbert. Hofmann. Horn. Joest. Klees. Kühn. Legien. Liebknecht. Lütgenau. Meister. Meyer. Möller. Molkenbuhr. Reikhaus. Schmidt (Frankf.). Schmidt (Sach.) Schoenlant. Schulze. Schumacher. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Tugauer. Ulrich. Vogtherr. v. Vollmar. Warm. Zubeil.*)

*) Die Genossen Schippel und Schmidt-Berlin befinden sich im Gefängniß, weshalb ihre Namen fehlen.

Köller's Nachfolger.

In Betreff des Nachfolgers werden verschiedene Namen genannt. Schon am Dienstag wurde im Reichstage erzählt, zum Nachfolger sei ein Regierungspräsident aus-ersehen, dessen Namen mit einem H anfängt. Man hat darauf auf den Regierungspräsidenten v. Heydebrand und der Lasa in Breslau gerathen, zumal der Kaiser auf dem Diner in Breslau bei dem Oberpräsidenten eine längere Unterredung mit dem Regierungspräsidenten hatte. Aber dieser Regierungspräsident würde als Minister all's dasjenige gegen sich haben, was gegen Herrn v. Köller sprach. Am Mittwoch wurde erzählt, daß die Agrarier, welche jene Nachrichten im Reichstage verbreiteten, alle Hebel ansetzten, um einen ihrer zuverlässigsten Vertrauensmänner, den Regierungspräsidenten Hegel in Gumbinnen, zum Nachfolger Köller's zu machen. Hegel, der Sohn des verstorbenen Konsistorialpräsidenten und der Enkel des berühmten Philosophen, ist als hochorthodox und als hochkonservativ bekannt. Bis vor Kurzem Vortragender Rath im Kultusministerium, wurde er zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen befördert.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß der Chef des Civillabinetts Herr v. Lucanus zum Minister des Innern ausersehen sei. Herr v. Lucanus war bekanntlich, bis er 1888 in die gegenwärtige Stellung einrückte, Unterstaatssekretär im Kultusministerium. Für Herrn v. Lucanus sprechen jedenfalls die reichen Erfahrungen, welche derselbe Gelegenheit hatte zu sammeln über die Art, wie man in Preußen Minister wird und aufhört es zu sein. Daß Lucanus zum Minister erwählt werden könnte, wird bereits officiös dementirt. Wir wollen uns nicht weiter den Kopf zerbrechen, wer noch als würdiger Nachfolger Köller's aus dem Ministerkandidatenwirrwarr herauskollern wird. Der Herausgekollerte — das steht von vornherein fest — wird aus demselben Holze geschnitten sein wie Köller.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages konstituirte sich Mittwoch nach Schluß der Plenarsitzung. Der Fraktionsvorstand besteht aus fünf Mitgliedern und wurden die Genossen Auer, Bebel, Liebknecht, Meister und Singer gewählt. In den Seniorenkongress wurde als Vertreter der Fraktion Singer delegirt. Die ständigen Kommissionen werden mit folgenden Mitgliedern besetzt werden. (Die Vertheilung der Kommissionsitze geschieht nach der Stärke der Fraktionen): In die Geschäftsordnungs-Kommission tritt Singer, der nach Abmachung des Seniorenkongresses den Vorsitz in der Kommission erhält. In die Budgetkommission sind Bebel, Meister und Singer gewählt. Zu Mitgliedern der Petitionskommission sind

Förster (Neuß), Tugauer und Vogtherr ernannt. In die Wahlprüfungs-Kommission treten Auer und Fischer, und der Kommission für die Prüfung der Rechnungen sind Bloß und Wurm zugetheilt. Zur Feststellung der im Reichstage einzubringenden Initiativanträge ist eine Fraktionsfikung auf nächsten Montag, Abends 7 Uhr, angesetzt. Als sofort einzubringen wurden neben anderen wirtschaftlichen Anträgen vorläufig festgestellt:

Antrag, betreffend die Einführung eines Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetzes,

Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Einzelstaaten,

Antrag auf Aufhebung des Diktatur-Paragraphe in Elsaß-Lothringen, sowie ein Antrag auf Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragraphe des Strafgesetzbuches. Weiter wurden die Fraktionsredner für erste Verhandlungsgegenstände des Plenums bestimmt. Bei der Berathung des Etats werden Bebel und Liebknecht, zum Vörsenreform-Gesetz Singer und Schoenlant Namens der Fraktion sprechen.

Die Aussetzung der Strafverfolgung gegen Reichstags-Abgeordnete muß diesmal in überaus zahlreichen Fällen von unserer Fraktion beantragt werden. Vorläufig liegen folgende dahingehende schleunige Anträge unserer Fraktion vor: 1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß die gegen den Abgeordneten Stadthagen a) beim Landgericht Berlin I wegen Beleidigung der Magdeburger Richter, b) beim Landgericht Berlin I wegen Beleidigung aller Beamten, c) beim Landgericht Hanau wegen Beleidigung eines Richters schwebenden Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werden; 2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß die gegen den Abgeordneten Bueb a) beim Amtsgericht Mannheim wegen Beleidigung, b) beim Landgericht Mülhausen i. Elsaß wegen Beleidigungen schwebenden Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werden; 3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß das gegen den Abgeordneten Liebknecht beim Landgericht Breslau wegen Majestätsbeleidigung schwebende Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde. — Ein zweiter schleuniger Antrag von Auer und Genossen lautet: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß das gegen den Abgeordneten Stadthagen bei der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin I anhängige Strafverfahren wegen Beleidigung mittelst der Presse, in welchem am 5. Dezember, Vormittags 9 Uhr, ein Termin angesetzt ist, für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde. — Der letzte Antrag ist bereits Mittwoch vom Reichstage angenommen worden.

Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, den Antrag auf Erlaß eines Heimstätten-gesetzes durch den Abg. Bachem, den sogenannten Arbeiter-schutz-antrag durch den Abg. Hise einbringen zu lassen.

Zur Berathung der Apothekenfrage wird, wie die „Süddeutsche Apotheker-Zeitung“ mittheilt und die „Pharmaceutische Zeitung“ bestätigt, auf Anordnung des Reichsamts des Innern eine aus Vertretern der Regierungen, Apothekenbesitzern und nichtbesitzenden Apothekern bestehende Kommission zusammentreten. Die sehr große Kommission — man spricht von 60 Personen — wird wahrscheinlich bereits zum Januar einberufen. Ein Entwurf wird, wie man annimmt, nicht vorgelegt werden, eher ein Fragebogen wie im Jahre 1876.

Berichtigung. In der gestrigen Notiz unter der Stichmarke „Zu dem Strafurtheil gegen Liebknecht“ ist eine Zeile ausgelassen worden, wodurch der Sinn der ganzen Notiz entstellt wird. Wir bringen daher den Anfang derselben nochmals. Der erste Satz muß also wie folgt lauten:

Zu dem Strafurtheil gegen Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung wird der „Frl. Btg.“ von einem Zuhörer bei der Gerichtsverhandlung folgendes geschrieben: „Zur Ueberraschung aller Theilnehmer an der Gerichtsverhandlung heißt es in dem schriftlichen Erkenntniß, die Auffassung der Worte Liebknechts seitens der Hörer folge aus der festgestellten Thatsache des Beifalls oder jubelnden Beifalls.“

Der Vorwärts erklärt jene Notiz, welche dieser Tage durch die Presse lief und besagte, daß Auer und Genossen die umfangreiche Klageschrift bereits zugestellt sei, für vollständig falsch. (Wir hatten gestern die Nachricht unter allen Vorbehalt gebracht.) Nach dem „Vorwärts“

ist bis jetzt weder die Anklageschrift irgend jemand zu gestellt worden, noch handelt es sich um 70 Vorstandsmitglieder. Nach Mittheilungen des Untersuchungsrichters handelt es sich um 55 Genossen, gegen welche sich vorläufig das Verfahren richtet.

Die konservative Reichstags-Fraktion hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Auffassung der „konservativen Korrespondenz“ bezüglich der Kennzeichnung der Richtung Kaufmann und Genossen beizutreten. Die Herren sind also „geächtet.“ Und Herr Stöcker, das „Kamradel, das angefangen hat“, bleibt natürlich. Dafür ist er auch der Außenfreund des Hammersteiners gewesen.

Die Aeußerung Stumm's über das „Schwefeln des Kaisers“ erweist sich als vollkommen wahr trotz aller indirekten Ablehnungen des Frh'n. v. Stumm. Nachdem schon die „Frankf. Ztg.“ sich erboten hatte, durch ein halbes Duzend Zeugen die Wahrheit der Aeußerung gerichtlich zu erhärten, erhält die „Tägl. Rundschau“ einen Brief zu derselben Sache. Darnach hat die in Frage stehende mehrstündige Unterredung zwischen Herrn v. Stumm, dem Pastor Lenze und Herrn Wegner-Salzbad am 20. November stattgefunden und ist gegen 3 Uhr Nachmittags beendet gewesen. Am Abend desselben Tages, also wenige Stunden später, hat Pastor Lenze in Gegenwart des Briefstellers den Inhalt der Unterredung mitgeteilt, und zwar unter Zuhilfenahme seines Notizbuches, welches er während der Stumm'schen Ausführungen mit ausdrücklicher Erlaubniß des Redners zu Anmerkungen benutzt hatte. Unter den eingehenden Mittheilungen des Pastors Lenze haben sich dem Gedächtniß des Briefstellers drei Punkte besonders scharf eingeprägt, darunter besonders die Aeußerung: „Ich gehe zu Sr. Majestät zur Jagd und werde Se. Majestät scharf machen zu dem Kampfe“ u. s. w. — Diese Aeußerung des Frh'n. v. Stumm ist ein Seitenstück zu dem bekannten Stöckerbrief. Die Kundgebungen dieser beiden Politiker reflektiren nicht dasjenige Maß von Achtung vor der Persönlichkeit des Kaisers, welches die Herren in der Öffentlichkeit im Munde zu führen pflegen. Namentlich veröfentlicht die „Frankf. Ztg.“ noch eine lahme Erklärung des Frh'n. v. Stumm, wonach er angekündigt haben will, er wolle sich bei Gelegenheit der Jagd in Barbis, wo die Arbeiterfragen möglicherweise zur Sprache kommen würden, überzeugen, daß seine Ansichten die Zustimmung des Kaisers gefunden hätten. Weiterhin beklagt sich Herr Stumm über die Indiskretion des Pfarrers Lenze. Er habe denselben doch gebeten, sein Wort über Seine Majestät in eine etwaige Wiedergabe ihrer Unterhaltung zu verflechten. Künftig werde er sich auf ein Interview selbst mit den wohlmeinendsten Personen nur noch unter Zuziehung von Stenographen oder mindestens eines zuverlässigen Protokollführers einlassen.

Die neuen Vorschriften über die Betriebs-Unfälle Statistik der deutschen Eisenbahnen sind, wie der „Reichsanzeiger“ gegenüber dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten vertraulichen Schreiben des Reichseisenbahn-Amtes bemerkt, am 1. April in Kraft getreten. Die neuen Vorschriften unterscheiden sich von den älteren nur dadurch, daß leichtere Verletzungen, die früher zu melden waren, sofern sie eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 24 Stunden zur Folge hatten, ausgeschlossen sind. Bezüglich der eigentlichen Betriebsunfälle, der Entgleisungen und Zusammenstöße der Züge, ist gegen früher keine Aenderung eingetreten. Nach wie vor werden sämtliche Ereignisse dieser Art, sogar wenn sie ohne alle nachtheiligen Folgen geblieben sind, verzeichnet. Ausgeschlossen wurden dagegen Fälle, bei denen die besonderen Eigenthümlichkeiten des Eisenbahnbetriebes nicht in Betracht kommen. Fälle dieser Art, sowie leichtere Verletzungen, die natürlich weit häufiger vorkommen als schwere, sind es denn auch gewesen, bezüglich deren die Berichterstattung früher Lücken aufgewiesen hatte. Eigentliche Betriebsunfälle ernstlicher Art sind nach den Untersuchungen des Reichseisenbahn-Amtes auch früher stets zur Anzeige gelangt.

Vivat sequens! (Es lebe der Folgende!) Mit einem Hundertmarkschein geht dem „Vorwärts“ das folgende Schreiben zu:

„Ein Freund der Freiheit, der die sozialdemokratische Partei sonst nicht unterstützt, spendet ihr aus Anlaß der jüngsten polizeilichen Maßregelung aus seinen geringen Mitteln 100 Mk.“

Wühlhuber wird seine helle Freude über die Wirkung des letzten Köllerscheit haben. Man sieht recht deutlich, wie unsere grimmigsten Feinde uns immer neue werththätige Freunde werben.

Zum Schutze des Vereins- und Versammlungsrechtes hat nach einer partei-offiziösen Mittheilung die Freisinnige Volkspartei im Reichstage ein Nothgesetz beantragt, welches aus folgendem einzigen Paragraphen besteht: „Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen, sowie in Privatgrundstücken auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Die Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze, der Reichs- und Landesgesetze über die Bewachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.“

Die Absicht einer Aenderung des sächsischen Wahlrechts, die zuerst die antisemitische „Deutsche Wacht“ gemeldet hat, wird nun von den „Dresdener Nachrichten“ bestritten. Nach der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ soll aber die Einbringung eines An-

trages der „Kartellparteien“ auf Einführung des preussischen Dreiklassen-Wahlsystems für den sächsischen Landtag bevorstehen.

Reform der Militärstraf-Prozess-Ordnung. Die Abgeordneten Dr. v. Marquardsen und Dr. v. Cuny (noll.) haben folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß bei der Aukarbeitung eines für das Deutsche Reich gemeinsamen Gesetzes, betr. die Militär-Gerichtsverfassung und die Militär-Strafprozess-Ordnung, die Grundsätze der Ständigkeit der Gerichte sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens zur Geltung gelangen, soweit nicht besondere militärdienstliche Interessen Ausnahmen nothwendig erscheinen lassen.

Die Schulden, welche das deutsche Reich im letzten Vierteljahrhundert gemacht hat, verursachen selbst bei den nationalliberalen Blättern Süddeutschlands heftiges Baugrimmen, obwohl doch die Nationalliberalen am meisten dazu beigetragen haben, daß die Schuldenlast so bedenklich angeschwollen ist. So bringen jetzt die „Münchener N. N.“ folgenden Stoßseufzer:

„Aus der soeben dem Reichstag zugegangenen Denkschrift verbietet die Thatsache ernste Beachtung, daß die Schuld des Deutschen Reiches die zweite Milliarde überschritten hat. Diese 2000 Millionen-Mark Schulden sind in kaum 20 Jahren fertig gebracht worden, denn Dank der großen französischen Kriegsschädigung stand das Reich noch 1876 ungefähr schuldenfrei da. Es ist ein schwacher Trost, daß unser alter Erbfeind Frankreich noch viel mehr Schulden hat, als wir und gleichfalls auf diesem Wege ungenirt weiter macht. Die französische Staatsschuld beträgt etwa 28 Milliarden Mark, wobei aber, wenn man vergleichen will, zu berücksichtigen ist, daß neben der deutschen Reichsschuld die deutschen Einzelstaaten 9 bis 10 Milliarden Mark Schulden haben. Wenn indes Preußen davon etwa 6, Baiern 1 1/2 Milliarden zählen, so haben sie dagegen in Eisenbahnen, Domänen u. c. einen fast gleichwerthigen Aktiobesitz, so daß von einer wirklichen Verschuldung bei Preußen, Baiern u. c. keine Rede sein kann. Anders dagegen das Deutsche Reich. Es hat in dem Reichs-Kriegsschatz von 120 Millionen, den Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und dem Reichs-Invalidentfonds Aktiuvposten, die nur einen kleinen Theil der Reichsschulden decken. Deswegen muß immer von Neuem betont werden, daß wir so im Schuldenmachen nicht in perpetuum weiter wirtschaften können, daß sich schließlich doch einmal die Nothwendigkeit, auch für die Tilgung der Reichsschulden etwas zu thun, aufdrängt. England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche früher an riesigen Staatsschulden mit Frankreich weiteiferten, haben seit einer Reihe von Jahren enorme Summen zurückbezahlt und somit ihr Vermögen erheblich verbessert. Und wir wollen doch schließlich auch nicht immer weiter leichtsinnig auf Kosten unserer Enkel leben.“

England und Nordamerika haben auch nicht in dem Maße wie wir für militärische Zwecke zu sorgen; überwiegend ihnen zu liebe haben wir unsere Schulden gemacht, wobei die Nationalliberalen in erster Reihe wacker mitgeholfen haben. Sie thäten daher besser, an ihre Brust zu schlagen, als die Schuld auf Andere abzuwälzen.

„Ueber die deutschen Agrarier“ hielt in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft in München der Geh. Rath Dr. Geffken einen Vortrag, wobei er nach der „Münchener Allgem. Ztg.“ die agrarischen Forderungen derb kritisierte. Die Klagen über die Nothlage der Landwirthschaft würden am lauteften von den Besitzern der mittleren Mittergüter erhoben, es handle sich um 10 692 solcher, die eben die eigentlichen Agrarier seien. Ihnen sei freilich auch mit einem Zoll von 5 Mk. für den Ztr. Getreide nicht zu helfen. Aber sie besäßen auch gar kein Recht, Schutz zu fordern gegen die Schwankungen des Getreidepreises. Unberechtigt seien die Vorwürfe gegen die neuen Handelsverträge, die Preise seien 1889—1894 sogar höher gewesen als in den 5 Jahren vorher. Ebenso wenig könne von einer Ueberschwemmung mit russischem Getreide die Rede sein; die Zunahme der Einfuhr sei geringer als die der Bevölkerung des Reiches. Er verwarf den Antrag Kanitz, den er als ungebührliche Bevorzugung der Rittergüter auf Kosten des Volkes bezeichnete, dem eine Mehrausgabe von 500 Millionen Mark zugemuthet werden sollte. Den Grund der Noth der Agrarier sucht der Redner in dem übermäßigen Steigen der Güterpreise durch die Spekulation, das Heilmittel in dem scharfen Schnitt, der die vor dem Ruin stehenden Mittergüterbesitzer vom Organismus der Landwirthschaft trennen müsse, ihre Güter, besonders östlich der Elbe, seien in innerer Kolonisation zu zerbrechen für mächtig große Bauernstellen.

Aufgelöst wurde in Braunschweig die ordentliche Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen, Zahlstelle Braunschweig. Redakteur Jaech hatte das Referat über das Thema übernommen: „Was sind öffentliche Angelegenheiten?“ Köller geht, wie es scheint, überall herum!

Zugung ist strengstens fernzuhalten. Wegen dieser Notiz waren der Genosse Th. Glocke vom „Vorwärts“ und Genosse Wiedemann von der „Werkstatt“ Kontroll-Kommission des deutschen Holzarbeiter-Verbandes angeklagt. Sie sollten durch die Notiz „groben Unfug“ verübt haben. Das Schöffengericht sprach jedoch beide frei.

Frankreich.

Das jetzige Ministerium will den Kampf gegen die Gewerkschaften aufgeben. Der Handelsminister ließ im

Ministercath eine Verordnung unterzeichnen, betreffend die Wiederöffnung der Arbeitsbüroe für alle Syndikate, gemäß den Bestimmungen des Syndikats-Gesetzes konstituiert sind.

Holland.

Der Sozialdemokratische Lehrerverein in Holland wird am zweiten Weihnachtstag einen Kongress abhalten. Amsterdam. Gegen den sozialistischen Redner Doornik de Bries ist in Hoogeveen Anklage erhoben worden wegen Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte soll sich über den deutschen Kaiser beleidigend geäußert haben. Der Redakteur des Wikkblattes: „De Noode Duivel“ (Der tolle Teufel) wird sich am 5. Dezember in Amsterdam zu verantworten haben wegen einer Anklage der Majestätsbeleidigung gegen die Königin.

Lübeck und Nachbargebiete.

6. Dezember.

Achtung Zimmerer! Wegen Nichtumsetzung der neu vereinbarten Arbeitszeittarifes sind Differenzen mit den Mitgliedern des Bundes der Maurer- und Zimmermeister ausgebrochen, welche zur Folge hatten, daß sämtliche bei den betreffenden arbeitenden Zimmerer die Arbeit einmüthig einstellen. Wir ersuchen alle Verbandsmitglieder dieses zu beachten.

Die Lohnkommission der Zimmerer.

Achtung Maurer! Ueber den Neubau des Bauunternehmers Schöb in der Körnerstraße ist bis auf Weiteres wegen ausgebrochener Differenzen betreffs des Arbeitszeittarifes die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission der Maurer.

Vergleichende Zusammenstellung der Einnahmen an Staats-Steuern und Abgaben. Es sind im verfloffenen Monat eingegangen an Einkommensteuer 184 523,1 Mk., an Eisenbahnsteuer —, an Erbschaftsteuer 11 262,5 Mk., an Veräußerungsabgabe 5999,71 Mk., an Stempelabgaben 7407,50 Mk., an Schiffsabgaben 31,974,63 Mk. im Ganzen also 241,167,54 Mk. Im November des Vorjahres gingen insgesamt 153 373,93 Mk. ein; mithin ist in diesem Jahre ein Mehrbetrag von 87 793,61 Mk. zu verzeichnen. Vom 1. April bis Ende November d. Js. sind insgesamt 1 149 559,01 Mk. eingegangen. Da in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 1 293 738,97 Mk. einliefen, so sind in diesem Jahre 144 179,96 Mk. weniger eingegangen. Dieser Minderbetrag findet seine Erklärung in der Verlegung der Hebestermine.

Der bevorstehende Winter veranlaßt das Polizeiamt einige Paragraphen aus der Straßenpolizeiordnung vom 11. Februar 1880 den Einwohnern der Stadt und Vorstädte wiederum in Erinnerung zu bringen. Die betreffenden Paragraphen lauten:

§ 8. Während die Straßen mit Schnee bedeckt sind, müssen die Fuhrwerke vor allen Fuhrwerken mit ausreichenden Schellen oder Glocken versehen sein. § 73. Das Werfen mit Schnee . . . das Herstellen von Glätte auf der Straße . . . ist untersagt. § 89. Das Waschen der straßenwärts gelegenen geschlossenen Fenster von der Straße aus, sowie der nach der Straße hin aufschlagenden geöffneten Fenster ist nur in den Morgenstunden vor 8 Uhr gestattet; bei Frostwetter ist es gänzlich untersagt. § 97. Wer Schnee auf Eis aus Privatgrundstücken auf die Straße schafft oder schaffen läßt, hat für die sofortige Begrenzung von der Straße zu sorgen. Das Anwerfen des Schnees von den Dächern ist nur dann gestattet, wenn eine ausgesetzte Wache die Vorbeipassenden vor der Gefahr bewahrt, getroffen zu werden. § 98. Das Reinigen der Bürgersteige mit Salz ist verboten. § 105. Wer es unterlassen hat, seine Familiengegenstände, Dienstboten und Gewerkschäften von einer der nach § 97. Straftaten Uebertretungen abzuhalten, ist strafbar. § 110. Bei Schneefall ist von den Anwohnern sofort dafür zu sorgen, daß der Schnee von den Bürgersteigen entfernt und durch häufiges Reinigen des Festtretens und Festfrierens desselben verhindert werde. Ist in der Nacht Schneefall eingetreten, so sind die Bürgersteige bis spätestens 8 Uhr Morgens vom Schnee zu reinigen. § 111. Bei eintretendem Thauwetter sind die Bürgersteige von dem etwa noch darauf befindlichen Schnee und Eis sorgfältig zu reinigen. § 113. Wenn auf den Bürgersteigen durch Glätte oder glatt gewordenen Schnee das sichere Gehen gefährdet ist, müssen die Bürgersteige sofort, und falls das Glätteis in der Nacht eingetreten ist, spätestens vor 8 Uhr Morgens mit Sand, Nache oder anderem abstumpfendem Material in ausreichender Weise bestreut werden. § 114. Zu den in den §§ 110—113 vorgeschriebenen Arbeiten sind die Eigentümer und Bewohner der anliegenden Grundstücke, soweit der Bezirk derselben reicht, solidarisch verpflichtet, wiewohl mit der Maßgabe, daß, wenn ein Haus von mehreren Parthien bewohnt wird, diese Verpflichtung neben dem Eigentümer nur den Bewohner des nach der Straße liegenden Erdgeschosses trifft.

Den Offenbarungseid haben im verfloffenen Monate vor dem hiesigen Amtsgericht geleistet: 1. Alwert, Maurer in Lübeck, Hundestraße 20. 2. Hamann, F. H. F., Kaufmann in Lübeck. 3. Bannow, F. F. H., Arbeiter in Lübeck. 4. Kirchner, Heinrich, Kaufmann in Lübeck. 5. Gaarz, Fren., Malermeister in Lübeck. 6. Brey, F., Wirth in Lübeck. 7. Weidemann, C. F., Bahmstraße 85.

Ein äußerst niedriger Wasserstand war die Folge des am gestrigen Tage herrschenden äußerst heftigen Weststurmes. In dem sogenannten „todten Arm“ lagen einige Steinküchschiffe direkt auf Grund. Für die im Hafen befindlichen Dampfer war ein Verholen u. s. w. mit den äußersten Schwierigkeiten verknüpft.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 21.—30. November 1895 folgende Seeschäden gemeldet worden: Total-Verluste 49, davon 7 Dampfer und 42 Segelschiffe, 207 Beschädigungen, davon 86 Dampfer und 121 Segelschiffe, zusammen 256. Etwas von der Bierbau-Politik! Unter diesem Epithet schreibt die Mainzer „Volkzeitung“: „Noch sehr häufig hört man, daß Genossen, sobald ihrer mehrere zusammen in einer Wirthschaft sitzen, ausschließlich nur über Politik sprechen. Es ist ja lobenswerth, wenn dem Arbeiter die Politik so sehr am Herzen liegt, daß sie grundsätzlich zu studiren ihm über Alles geht und er bei jeder Gelegenheit darüber sprechen möchte. Aber die Bierbau-

Politik hat recht michne Seiten. Sozialdemokraten sind gewöhnt, immer offen und ungeschminkt ihre Herzenswünsche zu sagen. Durch diese Thatsache wird der Disput nach kurzer Zeit ein sehr erregter. Die Meinungen jagen einander hinüber und herüber. Immer heftiger wird die Diskussion. Persönliche Vermerklungen fallen. Ein Wort bringt das andere und ehe man sich versieht, hat die Vierbau-Politik einen Ton angefangen, wie er unter Genossen eigentlich niemals stattfinden sollte, vor allen Dingen nicht in Gegenwart zahlreicher Anderer. Aller Augen sind natürlich sofort auf das kleine Häuflein der Disputierenden gerichtet. Irrend eine gethane Versicherung wird, ob mit oder ohne Absicht, missverstanden, die Gäste mischen sich in die Sache, und wiederum, ehe man sich versieht, ist die Anfangs ruhige Unterhaltung über Politik am Vierbau daran Schuld, daß heftige und beleidigende Worte hinüber und herüber gewechselt werden. Dadurch ist schon oft zu den häufigsten Ausbrüchen in Wirthschaften gekommen. Der Wirth greift in der Regel in das Gespräch ein und ermahnt unsere Genossen in meist wenig schmeichelhafter Weise zur Ruhe. Darüber Freude bei den Spielbürgern und desto größere Erregung bei den dann thätlich beleidigten Genossen. Der Streit spitzt sich immer mehr zu und die Gegner schimpfen dann über die unruhigen Sozialdemokraten und wipeln über die „Verderblichkeit der Genossen“. Wenn dann letztere nicht zu vernünftig sind, von selbst das Lokal zu verlassen, dann werden sie, was auch schon vorgekommen, kurzer Hand aus dem Lokal entfernt. Leute, die ihrer wirthschaftlichen Stellung nach in unsere Reihen gehören, sie werden thätlich von solcher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abgeschreckt und gehen uns dadurch verloren. Wir wollen die Vierbau-Politik nicht weiter ausspannen, wollen sie nur durch diese Schilderung ein klein wenig illustriren und dadurch auch unsere Genossen davor abhärten. Die Vierbau-Politik, so harmlos sie ist, sie hat weitreichende häßliche Seiten. Man agitirt nicht durch sie, wiewohl die Anarchisten das Gegenteil glauben und sich fast ausschließlich auf sie werfen als nach ihrer Meinung eine sehr vernünftige und nachsichtswürdige Propaganda der That. Wenn wir auch nicht die politischen Gespräche in den Wirthschaften ganz vermeiden haben wollen, so mügen unsere Genossen aber immer und immer wieder, gerathen sie in die Vierbau-Politik hinein, sich dieser Zeiten erinnern und wenigstens bedenken, daß sie nicht allein im Lokal sind. Mit einer Agitation, die Anstöße wie die Drogen erregt, machen sich meistens die Verbreitigen nur lächerlich und kompromittiren die Partei. In den Wirthschaften, auf den Werkstätten oder sonstigen Zusammenkünften mit Arbeitern, in dem Hause, wo man wohnt z. B., dort agitirt man von Mund zu Mund anher in unseren Verannunungen. Dann endlich durch Presse und sonstigen Schriften, nicht aber durch Wirthschaftsgeplauder.

Kartell-Versammlung. Im Lokal des Herrn Neumann fand gestern Abend eine Kartell-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Antrag des Müller-Fachvereins; 2) Die Differenzen der Maurer und Zimmerer; 3) Bericht der Kommission, betreffs des Streites der Bäcker mit dem Wirth Neumann; 4) Antrag der Tabakarbeiter, betreffs Aufstellung einer Statistik über den Stand der Mitglieder der Gewerkschaften u. s. w.; 5) Abschluß von den Gewerkschaften - Wahlen; 6) Berichtendes. Nach der Verlesung der Protokolle waren die Bäcker, Schiffszimmerer, Tischographen und Buchdrucker nicht vertreten. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde vom Vertrauensmann ein Schreiben des Gesangsvereins „Eintracht“ an den Müller-Fachverein verlesen. In diesem Schreiben wurde der Müller-Fachverein aufgefordert, sich für den Dienst, den der Müller-Fachverein an dem Gesangsverein „Eintracht“ aufzunehmen wolle oder nicht. In Falle einer verneinenden Antwort könne der Gesangsverein „Eintracht“ seine Musik nicht mehr von Fachverein beziehen. Da die Müller im § 2 ihres Statuts einen Passus haben, welcher besagt, daß Musiker, welche Mitglieder anderer Organisationen sind, nicht aufgenommen werden können, der Gesangsverein von „Eintracht“ aber einer solchen angehört, so wandten sich die Müller an das Kartell um Rath. Von verschiedenen Rednern wurde das Vorgehen des Gesangsvereins „Eintracht“ scharf verurtheilt und folgende Resolution eingereicht:

„Das Gewerkschafts-Kartell billigt das Vorgehen des Gesangsvereins „Eintracht“ gegenüber dem Müller-Fachverein. Es hält dasselbe mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung Lübecks nicht vereinbar und spricht dem Müller-Fachverein seine Solidarität aus.“

In namentlicher Abstimmung wurde diese Resolution von sämmtlichen vertretenen Gewerkschaften einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete der Genosse Kleinfeld über die im lokalen Theil unseres Blattes bereits bekannt gegebenen, von den Maurern und Zimmerern verhängten Sperren. Vom Redner wurden die Gründe für das Vorgehen der Maurer und Zimmerleute angeführt. Für die Kommission, welche zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Bäckern und dem Wirth Neumann eingesetzt war, erstattete Genosse Mann Bericht. Aus den Ausführungen desselben ging hervor, daß auf beiden Seiten gleichviel Schuld lag. Es wurde zwischen beiden Theilen eine befriedigende Einigung erzielt. In dem Antrag der Tabakarbeiter konnten noch nicht alle Gewerkschaften das gewünschte Material liefern. Es wurde bei dieser Gelegenheit betont, die Gewerkschaften müßten im Sinne des Antrages Kleinfeld, welcher der Versammlung nochmals vorgelesen wurde, weiter wirken. Die Abrechnung von den Gewerkschaften wurde verlesen, und stand einer Einnahme von 173,52 Mk. (Ueberschuß vom Gewerkschafts-Ausschuß), eine Ausgabe von 87,15 Mk. gegenüber. Von den Neuzugeworbenen, welche die Abrechnung der Monatsabrechnung revidirt hatten, wurde berichtet, daß alles in Ordnung befunden sei. In Verschiedenen wurde vom Vertrauensmann ein Schreiben der Buchdrucker verlesen. In dem Schreiben wird erklärt, daß die Buchdrucker solange ihre Devisen aus dem Kartell zurückziehen, bis ihnen eine unparteiische Geschäftsführung im Kartell garantiert werde. In diesem Schreiben wurde nochmals betont, daß der diesbezügliche Beschluß einstimmig angenommen sei. Es wurde zu diesem Schreiben ausgeführt, daß ein derartiges Vorgehen der Buchdrucker überhaupt nicht mehr befremden könne und daß man durchaus keine Ursache habe, sich über die Stellung der Buchdrucker zu grämen. In Bezug auf die Geschäftsführung wurde hervorgehoben, daß jedem Menschen ein Fehler unterlaufen könne. Die Hauptfrage sei nur, daß dieser Fehler später auch eingestanden werde. In namentlicher Abstimmung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Das Gewerkschaftskartell erklärt sich mit der Geschäftsführung des jeweiligen Vorsitzenden der bisher stattgehabten Kartellversammlungen durchaus einverstanden und drückt denselben ihr Vertrauen aus.“

Der in der Versammlung gewählte Schriftführer wurde beauftragt das Schreiben der Buchdrucker in diesem Sinne zu beantworten. — Vom Vertreter der Zimmerer wurde gerügt, daß die Tischler auf den Plätzen, wo die Sperre von den Zimmerleuten verhängt sei, weiter arbeiten. — Das Kartell nahm eine Resolution dahingehend an, daß es die Tischler und Hilfsarbeiter für verpflichtet hält, die Arbeit auf den gesperrten Plätzen einzustellen. — Vom Genossen Mann wurde noch bekannt gegeben, daß von den Pfaffa-Waren-Arbeiter ein Ball veranstaltet werde. Die organisirten Arbeiter wurden erucht, diesen Ball nicht zu unterstützen.

Unterschlagung. Der Laufbursche eines hiesigen Wildprethändlers wird beschuldigt, mehrere für seinen Herrn von dessen Kunden einfallende Geldbeträge für sich verbraucht zu haben. Untersuchung ist dieserhalb gegen den Laufburschen eingeleitet.

Abgefaßt wurde auf einer hiesigen Herberge ein von der Staatsanwaltschaft zu Rassel bzw. Bremen wegen

schweren Diebstahls und Körperverletzung verfolgter Schlachtergefelte. Er wurde verhaftet und dem Marktgefängniß übergeben.

Gestohlen wurde einem in Moisling wohnhaften Bahnwärter am 30. v. Mts. eine silberne Cylinder-Remontoiruhr mit der Fabrik-Nummer 462 662 mitsammt der daran befindlichen Kette. Ueber die Thäterschaft ist bisher nichts ermittelt.

Hamburg. In der Bürgererschaft wurde Mittwoch über die Verwaltungsreform verhandelt. Der Senat hatte die von der Bürgererschaft gewünschte Einsetzung einer Verkehrs- und Gewerkepolizei-Deputation, also die Mitwirkung bürgerlicher Elemente bei Verkehrs- und Gewerkefragen, abgelehnt. Die Bürgererschaft bleibt aber bei ihrem früheren Beschluß, hingegen ertheilte sie der Polizeibehörde das vom Senat gewünschte erweiterte Verordnungsrecht.

Hamburg. Wegen Unterschlagung und qualifizirter Urkundenfälschung wird der 31jährige antisemitische Redakteur Karl Alexander Wald von der hiesigen Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt. Wald hatte bei einem hiesigen Buchdruckereibesitzer ein Kontor gemiethet und engagierte hier verschiedene Personen, von denen er sich Kautionen in Höhe von 50 bis 500 Mk. geben ließ. Als Sicherheit stellte er Wechsel in entsprechender Höhe aus, die jedoch am Fälligkeitstermin nicht eingelöst wurden, weil Wald inzwischen von der Bildfläche verschwunden war.

Hamburg. Eine interessante Schwurgerichts-Verhandlung fand am Mittwoch, den 1. Dezember unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Danzel statt. Auf der Anklagebank erschienen: Der Zeichner Albert Gauske, einmal wegen Diebstahls verurtheilt, das Kontrollmädchen Bernhardt, der Schuhmacher Friedrich Hüpfel, zweimal wegen Diebstahls und wegen verurtheilter Brandstiftung mit Zuchthaus verurtheilt. Alle drei sind angeklagt der gemeinschaftlichen qualifizirten Fälschung einer öffentlichen Urkunde in Verbindung mit verurtheiltem Betrug. Weiter waren angeklagt der frühere Eisenbahnschaffner Widdede der passiven Bestechung, der Beihilfe zum Betrug und der wiederholten Untereuchung. Ferner der Schlachtergefelte Karl Kühhas, angeklagt der Bestechung und des Betruges und der Kellner August Wille, angeklagt der Beihilfe zum Betrug. Der Verhandlung lag eine im Dezbr. 1891 verurtheilte Fahrtenbuchfälschung auf der Strecke Hamburg-Frankfurt a. M. zu Grunde. Am 10 Uhr Abends wurde der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Nach demselben sind die Angeklagten wie folgt schuldig: Gauske des Betrugesverfuches, Hüpfel der Fälschung öffentlicher Urkunden in gewinnlichlicher Absicht in 2 Fällen, Widdede der Untereuchung, Beihilfe zum Betrug und passiven Beamtenebestechung in je einem Falle, Kühhas des Betruges in einem Falle und Wille der Beihilfe zu diesem Betrage. Gänzlich freigesprochen wurde die Angeklagte Bernhardt. Mildernde Umstände werden nur Wille und Kühhas zugestanden, allen anderen Verurtheilten verweigert. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Widdede 15 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Hüpfel 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Gauske 3 Monate Gefängniß, gegen Wille 2 Monate Gefängniß und gegen Kühhas 4 Monate Gefängniß. Die Strafen gegen Gauske und Wille hat er, als verbüßt zu erklären, während er beantragte, dem Kühhas 3 Monate der Untereuchungshaft auf die Strafe anzurechnen. — Das Gericht erkannte gegen Hüpfel auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Widdede auf 15 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Gauske auf 5 Monate, gegen Kühhas auf 3 Monate und gegen Wille auf 6 Wochen Gefängniß. Die Strafen gegen Kühhas und Wille wurden als verbüßt erachtet. Gauske wurden 3 Monate der Untereuchungshaft angerechnet. Der Staatsanwalt beantragte, den Gauske, der noch 2 Monate Gefängniß zu verbüßen hat, wegen Mordverdachts sofort in Haft zu nehmen. Der Antrag wurde vom Gericht jedoch abgelehnt.

Hamburg. Ein Absteigequartier der „guten Gesellschaft“ wurde Mittwoch Abend zu später Stunde in der Kleinen Bäckerstraße polizeilich aufgehoben. Seit längerer Zeit hielten daselbst Lebemannner und Damen der „besseren Kreise“, darunter recht jugendliche, ihre Zusammenkünfte ab und feierten die ausgelassensten Orgien. Die anwesenden „Damen“ wurden in Haft genommen, die Herren Lebemannner ließ man laufen, nachdem man ihre Namen festgestellt hatte.

Altona. Die Bestätigung des Todesurtheils Breitriick's soll hier eingetroffen sein. Demnach dürfte die Hinrichtung des Mörders demnächst stattfinden.

Altona. Ueber einen Prägelpädagogen sah Dienstag die Strafkammer I des hiesigen Landgerichts zu Gericht. Der Dorfschullehrer Karl Friedrich Heinrich Darder wurde beschuldigt in seiner Schule in Dackenshuden am 9. September d. J. den 10 Jahre alten Knaben Bisterfeld vorzüglich körperlich mißhandelt und dadurch das ihm zustehende Züchtigungsrecht überschritten zu haben. Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte am genannten Tage dem Knaben, der ein Gedicht nicht gelernt hatte, mehrere Schläge auf den Rücken versetzt und ihn ins Gesicht geschlagen habe, so daß Blut floß. Die Striemen auf dem Rücken sollen noch eine Woche nachher zu sehen gewesen sein. Der Angeklagte, der schon wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechts disziplinarisch verurtheilt und dem insbesondere verboten worden ist, Schläge an den Kopf zu schlagen, gab zu, daß er den Jungen mit einem Stock auf den Rücken geschlagen habe, bestritt aber, daß er damit das Züchtigungsrecht überschritten habe. Ins Gesicht will er den Knaben überhaupt nicht vorzüglich geschlagen haben. Er ist der Ansicht, daß sein Schullehrer, Propst Paulsen, gegen ihn eingekommen ist und deshalb mehrere Disziplinarstrafen und auch die jetzige Anklage gegen ihn erwirkt habe. Propst Paulsen erklärte, er nehme jeden Lehrer, der seine Schuldigkeit thue und zu verlässig sei, in Schutz, selbst wenn er einmal das Züchtigungsrecht im Interesse der Disziplin überschreite, aber der Angeklagte habe es zu schlimm gemacht. Er sei brutal gegen die Kinder vorgegangen; das könne er nicht leiden. Der Angeklagte sei sehr träge und außerdem ein Schuldenmacher gewesen. Die weitere Beweisaufnahme ergab wenig Neues. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 30 Mk. Geldstrafe, eventuell 5 Tage Gefängniß. Vom Gericht wurde die Urtheilsverkündung bis nächsten Dienstag ausgesetzt.

Kiel. Ein orkanartiger Weststurm, der seit gestern Nacht herrscht, ist der Schifffahrt verhängnißvoll geworden. Bis jetzt (Donnerstag Mittag) ist bekannt, daß eine dänische Galeasse bei Friedrichs-ort gesunken ist. Die Mannschaft wurde gerettet. Ein ebenfalls dort stationirtes Zollwachschiff, auf dem die Nothflage geblitzt wurde, konnte mit Mühe in den Hafen eingeschleppt werden. Der Kapitän des Dampfers „Hermann“ wurde durch einen heruntergestürzten Mast schwer verletzt.

Husum. Schwere Unglücksfall. Der achtjährige Sohn des Müllergefelten Sönke Jessen spielte mit seiner etwas älteren Schwester in der Nähe der Wassermühle des Mühlenbesizers Chr. Hansen in Hattstedt. Der Kleine, der beim Spielen den laufenden Mühlenflügel zu nahe kam, wurde derartig am Hinterkopf getroffen, daß er schon trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nach drei Stunden verschied.

Harburg. Vom Wäckerkrieg. Die letzte Waffe des Unternehmerrthums, die Hungerpeitsche, ist ins Gesicht geführt. Die Herren Innungsmeister haben 45 Gesellen auf die Straße geworfen. Da die gesetzliche Kündigungsfrist nur theilweise eingehalten ist, so hat man den Gesellen ihren Lohn für eine Woche und 10 Mk. Kostgeld ausbezahlen müssen. Die Herren Innungsmeister haben es sich also insgesamt ca. 900 Mk. kosten lassen. Wenn sie aber glauben, durch diese Opfer den Sieg erkauft zu haben, so sind sie im Irrthum. Die Harburger Arbeiterschaft wird auch diesen Hieb der Hungerpeitsche zu pariren wissen und das nicht zur Freude der Herren von der Innung.

Harburg. Vor dem Landgericht in Stade hatte sich am Mittwoch Genosse Kauffmann, Redakteur des „Volksblatt“, sowie der Verleger und der Drucker, Genossen Weniger und Weber, zu verantworten. Gegenstand der Anklage war die Veröffentlichung von einigen Artikeln in Sachen der Frau Wübke, die seinerzeit aus der Provinzial Irrenanstalt zu Hildesheim entlassen wurde. Das „Volksblatt“ veröffentlichte damals die Akte, in denen zwei Akteste vorlagen, die besagten, daß bei Frau Wübke eine Schwangerschaft bestehe. In der jetzigen Verhandlung wurden die Genossen Weniger und Weber von der Anklage freigesprochen, der Genosse Kauffmann dagegen zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Walt. Ueber die idyllischen Zustände auf dem Lande, insbesondere über die „Inhaltslosen“ Wirthschaften, die da und dort dem Gesinde vorgelegt werden, giebt folgende Notiz Aufschluß, die der „Gemeinnützige“ ohne ein Wort der Kritik aber mit vielem Behagen abdruckt. Sie lautet:

Vakum. Folgendes satirische Stückchen wurde hier erzählt: Zu den Zeiten, wo die Schweine wirklich „Schwein“ brachten, hatte eine Bauerntochter für das Gesinde einen Frei geocht. Nebenau auf der Maschine stand auch ein Topf, desselben Inhalts für die kleinen Vorleserträger. Als es Zeit zum Essen war, holte die große Magd den Topf von der Maschine, und trägt in mächtigen Schritten das Ereigniß der „edlen Kochkunst“ auf. Während des Essens erhebt die Frau, um den Topf ihrer „Lieben“ zu rühren. Ein ruhiger Blick. Aber — Wretten! — Wo ist das Feuerkrüden bläuen? Du hast den verkehrten Pott frigen. Alle Löffel ruhen. Der Wrohsnecht wachte sich schmunzelnd den Mund und sagte: „Dat düchte mi all, dat schmiede van Morgen ut bedüden bäter as amer Tages; gant, dat wi't ut hebt.“

Vakum ist ein Dorf im Amtsbezirk Bechta und läßt, wie schon oben angedeutet, das satirische Stückchen auf recht idyllische Zustände in dem auf jeden Fall recht patriarchalischen Verhältnis zwischen Herrschaften und Gesinde schließen, die sich unsere Leser nur weiter anzudenken brauchen, um die wahren Begriffe von der Lage der arbeitenden und dienenden Bevölkerung auf dem Lande und zumal dem gut christlich-katholischen Münsterlande zu erhalten.

Oldenburg i. Gr. Einkommenertheilung. Oldenburg zählt rund 25000 Einwohner mit 9402 Haushaltungen oder Einzel-Steuerzahlern. Von den letzteren haben 1574 ein Einkommen unter 225 Mk., also kaum der sechste Theil der Steuerzahler hat ein Einkommen von wöchentlich 4,52 Mk., und von diesem kläglichen Einkommen müssen noch Steuern gezahlt werden. Mit einem Einkommen von 300 bis 375 Mk., also wöchentlich kaum 6—7,45 Mk. sind 1005 Steuerzahler angegeben. In den ersten sechs Steuerstufen sind 4740 Steuerzahler, die ein Einkommen unter 600 Mk. haben, d. h. mehr als die Hälfte aller Steuerzahler haben ein Einkommen, das nicht anreicht, um den bescheidensten Ansprüchen an Leben genügen zu können. In den letzten 15 Steuerstufen befinden sich Leute, die über ein Einkommen von 25500 bis 264000 Mk. verfügen. Ihre Zahl ist zwar nur gering, es sind ganze 19 Mann, dafür wiegen sie aber um so schwerer. Die fünf höchstbesteuerten streichen alljährlich die Summe von 54000—264000 Mk. ein. Diese arbeitamen und sparsamen Leute haben zusammen ein Einkommen von rund 600000 Mk. und zahlen an Steuern 24457 Mk. Von ihrem Einkommen verbleiben nach Abzug der Steuern noch rund 575000 Mk. In der ersten Steuerstufe haben 1574 Haushaltungen und Steuerzahler ein Einkommen unter 225 Mk., zusammen mithin im Höchstbetrage 354150 Mk., wovon noch 1574 Mk. Steuern gezahlt werden müssen. Die ganze Widersinnigkeit unserer heutigen Eigenthumsvertheilung, die ganze soziale Ungerechtigkeit des Wirthschaftssystems leuchtet aus dem furchtbaren Gegensatz heraus, daß in einer kleinen Stadt, wie Oldenburg, auf der einen Seite fünf Familien ein steuerfreies Einkommen von rund 575000 Mk. und auf der andern Seite 1574 Familien resp. Steuerzahler ein steuerpflichtiges Einkommen von 354150 Mk. haben.

Lübecker Stadttheater.

„Der Freischütz“ von E. M. v. Weber. Es ist ein wahres Vergnügen, zu sehen, wie reges Interesse man immer noch dem „Freischütz“ entgegenbringt. Das Haus war so ziemlich besetzt. So mancher fand sich ein, um die alten, lieben und wohl-bekanntem Töne wiederzuhören. Es scheint demnach jene Aeußerung Bömes über den „Freischütz“, die wir kürzlich aus Anlaß der Auf-führung von Kreuzers „Nachtlager in Granada“ ausgegraben haben, noch heute bei so manchem nachzuklingen. Die gefruchte Aufführung machte im Großen-Ganzen einen befriedigenden Eindruck, wenn man davon abzieht, daß Herr Köhler als Max völlig unzureichend war. Seine Stimmittel sind derartig beschaffen, daß man ihn von jedem weiteren Auftreten an seiner selbst willen eigentlich ernstlich abathen sollte. Sein Debut fiel daher recht unglücklich aus. Ferner debütierte noch Frä. Sarland als Agathe. Es fragt sich, ob es nicht etwas zu viel war, zwei Debüts an einem Abend stattfinden zu lassen. Wir wollen diese Frage offen lassen. Immerhin müssen wir konstatiren, daß Frä. Sarland sich ziemlich wacker

helt. Ihre Stimme klingt frisch, wohlklingend und zehlt von Schwingung. Einige Entgleisungen sowie das Tremolieren (1. Theil des 4. Actes) dürfen wir wohl mehr auf das Konto ihres ersten Auftretens setzen. In der Darstellung war allerdings Frl. Sarland noch etwas sehr trocken. Frl. Milburg, bekannt aus dem „Oberkeiser“, sang das „Menschchen“. Wie ganz anders gab sie sich gehöret als kürzlich beim Debut. Sie hatte ihre Stimme freigegeben, und diese Klang jetzt gut an, besonders im Forte. „Ja, aber Frl. Wehl ist's doch lange nicht!“ so rief man uns mehrfach zu, um damit zu kennzeichnen, daß Frl. Milburg noch lange nicht Frl. Wehl, das vorjährige „Menschchen“, erreicht habe. Wir gaben das unter gewissen Bedingungen zu. Wir haben aber unser „aber“, das wir nicht zu vergessen bitten. Frl. Wehl verfügte, wie mächtigst bekannt sein dürfte, über eine gute Stimme und ansprechende Darstellung. So ward es ihr denn leicht, sich in die Herzen der Theaterbesucher — vielmehr — ihnen, denn der größte Theil sind Damen — hineinzufügen. Und so geschah es denn auch, daß Frl. Wehl geradezu ein typisches Menschchen für Lübeck schuf, was natürlich ihren Nachfolgerinnen den Kampf um den Weisfall der Theaterbesucher ungemein erschweren muß. Der zweite Darsteller einer Rolle ist immer im Murren gegen den ersten. Schon Laube hat das bemerkt. So schrieb er gelegentlich der Aufführung der „Häufelshaus“ von Brachvogel: „Eine merkwürdige Erfahrung hat Leipzig mit diesem Stücke gemacht, die Erfahrung, daß der erste Darsteller einer neuen Rolle, wenn er Talent hat, die Rolle für sein Publikum unumstößlich feststellt. Er behält sogar oft Recht gegen den sonst überlegenen Schauspieler, welcher sie nach ihm spielt. Die Rolle ist eben geschaffen wie ein neuer Mensch, und wenn später nicht eminent überlegene Mittel eine neue Physiognomie dieses Menschen bringen, so sagt das Publikum: Es ist falsch, wir kennen ja diesen Menschen, er ist ganz anders! Sogar eine Macht der Schöpfung liegt in der wirksamen Charakteristik eines Schauspielers.“ Das geben wir zu bedenken allen denen, welche jenem oben angeführten Ausrufer zustimmen: „Aber Frl. Wehl ist's doch nicht!“ Frl. Milburg zeigt in ihrer Darstellung gefällige Formen, ihre Tongebung ist gut — uns dünkt, das könnte genügen. Den Caspar gab Herr Jena ansprechend. Herr de Wolf (Ottomar) und Herr Kellow (Kilian) konnten genügen. Für den Eremiten sind die Stimmittel, welche Herr Gerdes noch besitzt, völlig unzureichend. Die Inszenierung der Wollschlucht war überaus gut gelungen. — Nach dem „Freischütz“ gab es noch Mascagni's „Cavalleria rusticana“. Leider war es uns nicht mehr möglich, derselben beizuwohnen, obwohl wir noch gern Frl. Horsten als Santuzza und Herrn Forkhammer als Turridu gesehen hätten.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Sämtliche Minister, außer Herrn v. Koller, waren für Mittwoch Nachmittag 4 Uhr zu einer vertraulichen Besprechung beim Reichskanzler eingeladen. Die Unterhaltung dauerte ungefähr zwei Stunden. Man nimmt an, daß es sich um Vorschläge für den erledigten Ministerposten gehandelt habe. Von anderer Seite wird noch Freiherr v. Wilamowitz-Möllendorff, Oberpräsident von Posen, als Nachfolger des Herrn von Koller bezeichnet.

Berlin. Dem Reichstage ist gestern das Gesetz betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, sowie das über die Konsumvereine zugegangen. Bis auf die Zuckersteuervorlage sind alle in der Thronrede angekündigten Gesetzesentwürfe dem Reichstage jetzt zugegangen.

Essen. Reichstags-Stichwahl in Herford-Halle. Der „Rhein.-Westf. Btg.“ zufolge siegte Bürgermeister Quentin (nat. lib.) mit 8812 Stimmen über Amtsgerichtsrath Weihe (kons.), der 7916 Stimmen erhielt.

Wesel. Ein Brudermord ist in Bael bei Homberg am Rhein verübt worden. Der Gutbesitzer Peter Steinschen wurde in seinem Bette erschossen aufgefunden. Nach den am Thortore erfolgten gerichtlichen Feststellungen ist Steinschen von seinem eigenen, jüngeren Bruder Johann im Schlafe überfallen und durch einen Schuß aus dem Jagdgewehr getödtet worden. Nach der That hat der Brudermörder die Flucht ergriffen und sich vor den Augen mehrerer Strombauarbeiter in den Rhein gestürzt. Seine Leiche wurde bald darauf gefunden. Die That ist um so unerklärlicher, als das Verhältniß der Brüder stets ein gutes war.

Köln. Rußland unterhält auf der Rhede Sebastopols im Zustande der armirten Reserve 4 Geschwader Panzerschiffe, 2 Minentransportschiffe, 2 Kanonenboote und

9 Torpedoboote. Wie der Petersburger Korrespondent der „Köln. Btg.“ nunmehr erfährt, gab die russische Regierung vor Monatsfrist den Befehl, wenn England eigenmächtig in die Dardanellen einzulaufen versuche, sollte die Schiffe mit voller kriegsmäßiger Besatzung und Ausrüstung bereit zu halten und sofort auszulassen. Gleichzeitig wurden in den Militärbezirken Odessa und Kiew Vorbereitungen getroffen. Dieser Befehl ist nunmehr zurückgenommen worden, nachdem durch Deutschland's friedliche Vermittelungsversuche die Lage geklärt. In Petersburg hält man die Gefahr ernstlicher Entwicklungen nunmehr für überstanden.

Sterntausch-Bismarck.

Hamburg, 5. Dezember

Der Schweinehandel verlief flau. Angekündigt wurden 930 Stück, davon vom Norden — St vom Süden — Stück. Preise: Verbandschweine schwere 40—43 M., leichte 41—44 M., Sauen 33—37 M. und Ferkel 40—43 M. pr 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:
Donnerstag, den 5. Dezember.
6,50 N. D. Najaden, Hulten, von Kopenhagen in 20 Stb.
Freitag, den 6. Dezember.
9,20 N. D. Dana, Johansen, von Odessa in 55 Stb.
10,15 N. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 18 Stb.

Abgegangen:
Donnerstag, den 5. Dezember.
11,15 N. D. J. P. Dillberg, Berg, nach Kopenhagen.
11,20 N. D. Kalle, Ehler, nach Fehmarn.
11,50 N. D. Adler, Fischer, nach Wismar.
Freitag, den 6. Dezember.
7,45 N. D. Thor, Wabsen, nach Ratkow.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 5,80 N., sehr lebhaft.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Stadt Lübeck ist am 5. Dezember in Remei angekommen.
D. Ymnea ist am 5. Dezember, von Helsingfors auf hier abgegangen.
D. Vivabia ist am 5. Dezember in Swinemünde angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Ehrentücher (Sendel)
nur gute haltbare Tücher von 20 Pf. an. [5518]
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Regulateure
Stand-, Weyer- und Taschenuhren
empfehle zu sehr billig. Preisen.
Uhren reinigen 1,50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Federn einsetzen 1,50 Mk.
Uhrgläser, la., 30 Pf.

Uhrketten
in großer Auswahl.
Aug. Büttner, Uhrmacher
32 Süßstraße 32.

Einem großen Posten
Gelellen- u. Burschen-Röcker

Handroffer
empfehle billigst
Folckers Möbel-Magazin
25 Mariesgrube 25.

Zur Schlachtzeit empfehle
sauber gereinigte getrocknete [5516]
Schloß- u. Kranz-Rinderdärme
sowie ganze und gem. Gewürze.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Gute Eier, 5 Stück 30 Pfg
Frische Meiereibutter, Pfd. 1, 1,10 Mk.
ff. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pf.
Geräucherter Landmettwurst, Pfd. 1 Mk.
Rauhfleischstücke, Pfd. 75 Pf.
Fett u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pfg.
ff. Tilfiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf.
ff. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pf.
ff. Griechenschmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt
J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf.,
Kupferstecherstraße 7.

Schweinefleisch
Pfund 55 Pfg.
Geräucherter Schweinefleisch
Pfund 70 Pfg.
empfehle
W. Carstens, Meierstr. 13.
Frische Meierei-Butter
Pfund 1 Mk.
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Lagler's Feueranzünder
Packet 10 Pf. empfiehlt [5519]
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Herren-Filzhüte mit Controlmarken **W. Schwabroh**
empfiehlt Fischergarbe 35.

Musik-
waaren-Bazar Meyer & Eggert
Königsstraße 115, bei der Mühlenstraße.

Größte Auswahl sämtlicher Musikinstrumente, pass. als Weihnachtsgeschenke
Spielwerke, Symphonion von 10 Mk. an, Polyphon von 7 Mk. an, Spieldosen von 1 Mk. an, Album, Bierkrüge, Nähkästen mit Musik, Victoria, Gloria, Seraphon-Orgel von 12 Mk. an, Violinen von 1 Mk. an bis zum ff. alten Künstlerinstrument, Signalarbeiter für Feuerwehr, Turner etc., Trommel von 35 Pf. bis zur ff. Concerttrommel, Pflüher, Hand- und Mundharmonikas, Georinas, Flöten, Notenpulte in Holz und Eisen zu staunend billigen Preisen. Kinderinstrumente schon von 5 Pf. an
NB. Da wir selbst Musiker, sind wir in der Lage, dem geehrten Publikum nur gute, reinstimmende Instrumente zu verabfolgen.

Sieben eingetroffen und durch die Expedition des Lübecker Volksboten zu beziehen:
Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895.
Preis 30 Pfg.
Bestellungen werden von den Kolporturen jederzeit entgegen genommen und prompt ausgeführt.

Ludw. Hartwig's Kaffee schmeckt am Besten.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-
brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener
(nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Inh.: G. Teichgräber.

Lübecker Badeanstalt.
Bediact von Morgens 8 1/2 bis Abends 9 Uhr, am Sonntage Morgens von 8—10 Uhr.

LAGER
aller Arten Uhren
unter 3-jähriger Garantie zu
sehr billigen Preisen.
Uhren reinigen 1,50 Mk.
Federn einsetzen 1,50 Mk.
Th. Köhler,
Uhrmacher,
Untertrave 70, Ecke Fischergarbe.

A. L. Mohr's FF Margarine
1 Kf. Einiguteller mit 1 Pfd. 70 Pf.
1 gr. do. do. 2 Pfd. Mk. 1,40
bei [5517] **Ludw. Hartwig.**

Bestickte
Hosenträger, Turnergürtel
und Rückenrissen
werden billig und sauber angefertigt.
J. F. G. Schweder Nachf.,
Fischergarbe 27.

Arbeiter- und Kinder-Garderoben
werden billigst angefertigt, auch ausgebessert
Glockengießstraße 58.
Empfehle mein Feuerungs-Geschäft.
Coaks in allen Sorten, Bricketts, 100 Stück
80 Pf. **C. Carlson, Gr. Kiebau 7.**

Fruchtsäfte
Kirschsaft (eigener Presse), 40 u.
60 Pf. per Flasche, Himbeersaft
Johannisbeersaft empfiehlt

M. Glück, Süßstraße 9,
Ecke Balauerhof
Empfehle
Prima junges Fleisch.
Morgen in der Markthalle
Stand Nr. 3. H. Dose, Rostschlächter,
Hundestraße 62.

Billig zu verkaufen ein hübsches dreistöckiges
Sophia. Paul Saley, Tapetier u. Dekorator
Augustenstraße 18 a.

Zu verkaufen ein fast neuer Kinderwagen, ein
2thüriger Küchenschrank und eine Dezimalwaage
mit Gewichten. **Langer Lohberg 45.**

Sofort oder 1. Januar 2 kleine Etage
(erste und zweite, Sonnenseite) in der Süßstraße
Näheres Nequidienstraße 29.

Zu sofort oder 1. Januar eine erste und eine
zweite Etage (Sonnenseite) zu vermieten.
Näheres Mariesgrube 42, 2. Etage.

Wegen Verkauf des Hauses suche sofort ein
kleine Wohnung zum Preise von 120—130 Mk.
(am liebsten vor dem Postenthor). Offerten unter
MS 5 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Verloren am Montag dieser Woche ein
brauner Muff. Gegen Ver-
lohnung abzugeben in der Exped. d. Bl.

Allg. Arbeiter-Verein
für Moisling und Umgegend.

Sonnabend den 7. Dezember,
Abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal.

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird ge-
beten, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu
erscheinen. **Der Vorstand.**

Achtung! Zimmerer!
Auserordentliche

Verbands-Versammlung
am Sonnabend den 7. Dezbr.,
Abends 8 Uhr,
im Verbandslokal.
Tages-Ordnung:
Besprechung der Differenzen des Arbeitszeittarifes.
Der Vorstand.

Quartett-Verein „Luba“

Ball mit Theateraufführung
am Sonntag den 8. Dezember
im Lokale des Herrn O. Schilling
„Neue Welt“.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Einführungen gestattet.
Der Vorstand.

NB. Versammlung am Montag den 9. Dezbr.

Stadttheater in Lübeck.
Sonnabend den 7. Dezember:
14. volkstüml. Vorstellung zu halben Preisen.
Anfang 7 Uhr.

Don Carlos.
Sonntag: **Die Hugenotten.**
42. Abonnements-Vorstellung.

Auch eine historische Erinnerung.

In diesen Tagen waren, wie wir im „Hamb. Echo“ lesen, fünfzehn Jahre verflossen, seitdem auf Grund des Sozialistengesetzes der sogenannte kleine Belagerungsstand über Hamburg verhängt worden ist.

Es ist nicht überflüssig, der sich an diesen Akt knüpfenden Ereignisse zu gedenken, zumal gegenwärtig wieder die preussische Polizei zu einem Schläge ausholt, der sich gegen die Organisation unserer Partei richtet.

Bei dem Kampf um den Freihafen Ende der siebziger Jahre hatte die Sozialdemokratie Hamburgs auch unter dem Sozialistengesetz thatkräftig mitgewirkt und damit sich den besonderen Haß des damals allmächtigen Bismarck zugezogen. Man begriff zwar, daß in Hamburg der kleine Belagerungsstand auf die Dauer nicht ausbleiben könne, schon aus dem Grunde, weil die meisten Berliner Ausgewiesenen sich hierher gewendet hatten; aber die Freihafenfrage beschleunigte die Aktion. Als dann bei einer Nachwahl im zweiten Wahlkreis die Sozialdemokratie mit großer Majorität gesiegt hatte, gingen Bismarck und Buttler an's Werk. Die Bismarckpresse suchte den Hamburgern Furcht einzuflöhen und die „Hamb. Nachr.“ sprachen damals von der Möglichkeit, daß ein preussischer Kommissar in Hamburg erscheinen und der Hamburgischen Selbstständigkeit große Schwierigkeiten bereiten könnte. Anscheinend geschah dies Alles um des Hollanschusses willen, der die Hamburger Bevölkerung in eine großartige Aufregung versetzt hatte. Bald meldete die „Norddeutsche Allgemeine“, daß beim Bundesrath ein Antrag auf Verhängung des kleinen Belagerungsstandes über Hamburg vom Senat gestellt sei. Ein solcher Antrag war in dieser Form nothwendig nach dem Gesetze und Bismarck hatte den Senat, der Anfangs gegen eine solche Maßregel sträubte, zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes endlich dazu bewogen.

Die Hamburger Sozialdemokraten sahen das Gespenst langsam heranrücken, das sie schon lange beunruhigt hatte. Der „Wahre Jacob“, dessen erste Nummern damals in Hamburg erschienen, brachte ein sehr hübsches Bild, welches das Hamburger Wappen unter dem kleinen Belagerungsstand darstellte; rechts und links schlug ein Schutzmann einem Bürger den Hut vom Kopfe. Die Stimmung unter den Genossen, die wußten, daß sie nun bald aus ihrem Wohnort vertrieben und ihren Erwerb verlieren würden, konnte selbstverständlich keine besonders fröhliche sein, denn die Meisten, die sich auf der Proskriptionsliste wußten, waren verheirathet; manche hatten sich das Staatsbürgerrecht erworben und hatten vor dem Sozialistengesetz gar nicht an die Möglichkeit gedacht, daß sie Hamburg so bald wieder zu verlassen genöthigt würden. Aber verzagt war man nicht, wie der Schreiber dieses, der damals auch von dem Hannstrahl betroffen wurde, versichern kann; man hatte zwar keine Hoffnung, daß das Sozialistengesetz baldig fallen würde, aber man war entschlossen, sich in die Situation zu finden.

Der Bundesrath ließ das Schwert erst eine Weile in der Schwebe über uns, ehe er zuschlug; endlich einige Tage vor dem November-Wahltermin, wurde der kleine

Belagerungsstand für Hamburg proklamirt und zugleich für Altona, Ottenfen und Umgebung. Bismarck benutzte die Gelegenheit, auch die ganze Gegend um Friedrichruh herum in Belagerungsstand zu erklären, als ob ihn dort jemals die Sozialisten persönlich beunruhigt hätten.

Die Hamburger Presse benahm sich im Allgemeinen recht kläglich Angesichts der so folgenschweren Maßregel. Innerlich waren auch die Fortschrittler froh, denn sie glaubten, die verhassten Sozialisten los zu werden. Es ist aber anders gekommen. Die „Gerichtszeitung“, das damalige Organ der Sozialdemokratie, sprach sich in einem scharfen Artikel aus, wurde aber merkwürdigerweise nicht unterdrückt, während andere Blätter, die diesen Artikel nachdruckten, verboten wurden.

Im Lokal der „Gerichtszeitung“ erschien ein Polizei-offiziant und hatte, wenn ich mich recht erinnere, acht und zwanzig Ausweisungs-Dekrete unter den Arm. Die ganze Redaktion und Verwaltung des Blattes, sowie das meiste übrige Personal waren damit hinweggeführt. Man bildete eine zweite Garnitur, ein neues Personal, das die Geschäfte nun vorläufig weiterführen sollte. Ein Spion muß dieses der Polizei verrathen haben, denn bald darauf erschien der Polizei-offiziant mit einer zweiten Ladung von Ausweisungsdekretten, womit auch die „zweite Garnitur“ beseitigt wurde.

Die Hamburger Polizei war so gütig, die Geächteten nicht aus ihrem ganzen Staatsgebiete zu vertreiben; mit Rücksicht darauf, daß sich viele Staatsbürger unter ihnen befanden, ließ man ihnen das Amt Ribbittell (Luzhaven usw.) offen. Obgleich es in dem alten Handwerksburschenlied heißt:

„Von Hamburg geht's nach Ribbittell“, so ging doch keiner der Proskribirten dorthin.

Die Erregung war groß unter den Arbeitern und sie strömten herbei, um das Loos der Geächteten so viel als möglich zu erleichtern. In ganz kurzer Zeit waren bei der „Gerichtszeitung“, ohne daß ein Aufruf erlassen wurde, über 8000 Mark Unterstützungsgelder eingezahlt. Die Sozialdemokratie war damals lange nicht so stark, als sie heute ist, aber die Opferwilligkeit der Hamburger Arbeiter bewährte sich darin nicht weniger glänzend.

Alle aus Berlin Ausgewiesenen wurden nun zum zweiten Male vertrieben.

Von bekannten Parteigenossen befanden sich unter den Geächteten die jetzigen Abgeordneten Auer, Bloß, Diez und der Vertreter von Hamburg II, Hartmann, die Gebrüder Otto und August Kapell — August Kapell war Abgeordneter für Reichensbach in Schlesien gewesen — der frühere Abgeordnete Reimer, der aus Altona, und Max Stöhr, der aus Ottenfen ausgewiesen wurde, sodann Heinrich Garve, Heinrich Braasch, Rudolf Braasch, Jean Groß u. A. Auch Heinrich Oldenburg und Carl Sillmann, Beide jetzt in Lübeck, standen auf der Proskriptionsliste.

Viele der Ausgewiesenen siedelten sich in Harburg an, wo indessen bald auch der Belagerungsstand erklärt wurde. Die „Gerichtszeitung“ wurde bald darauf, im März 1881, unterdrückt.

In dem ganzen großen Lauenburgischen Gebiet, welches Bismarck hatte „belagern“ lassen, konnte man Niemand finden, der auszuweisen gewesen wäre, eine Thatsache, die den Charakter jener der Familie Bismarck auf den Leib zugeschnittenen Maßregel gebührend beleuchtet. Im Landgebiet des Altonaer Wahlkreises fand man zwei Personen, einen Maurer und einen Matrosen, die man auswies. Der verstorbene freistimmige Abgeordnete für Lauenburg, Westphal, erzählte oft, die Polizei habe ernstlich erwogen, ob sie ihn nicht auswiesen wolle.

Resultat: Alle drei Hamburger Kreise und Altona sind Domänen der Sozialdemokratie geworden und Ottenfen-Pinneberg ist auch gewonnen! Daraus mögen die gegenwärtig an der Regierung befindlichen Herren, die im Begriff sind, nach längst bekanntem Lessendorff'schen Muster die sozialdemokratischen Organisationen zu zerstören, die Lehre ziehen, daß auch ihr neuer Angriff nur „poir le roi de Prusse“ in der Bedeutung des französischen Sprichwortes sein wird.

Zum Schluß noch ein Kuriosum. Während die obigen Ereignisse sich vorbereiteten, befand sich auch der bekannte, jetzt christlich-soziale Herr Oberwinder in Hamburg, wo er sich zu den „Bräuerianern“ den sogenannten echten Laffaleanern, hielt und im Trüben fischen wollte. Er ging mit zwei Anderen nach Friedrichruh und bot seine Dienste Bismarck an. Er verlangte Geld zu einer großen staatssozialistischen Zeitung, welche die Sozialdemokratie vernichten und die althamburgischen Zustände zu Gunsten Preussens unterwählen sollte. Wenn die sozialdemokratischen Führer vertrieben wären, glaubte Oberwinder leichtes Spiel zu haben.

Bismarck empfing die drei „Staatsmänner“ nicht selbst; er überließ sie Lothar Bucher, der die „große Idee“ des Herrn Oberwinder freundlich, aber bestimmt abwies. Oberwinder hat sich eine andere „Scrippe“ suchen müssen.

Soziales und Partei-Leben.

Eine Protestversammlung der Bäcker Berlins und Umgegend tagte am Dienstag Nachmittag. Der Referent, Reichstagsabg. Moskenebühr behandelte das Thema: Die Beschlüsse der Reichskommission für Arbeiterstatistik und das Verhalten der Staatsregierung und tabelte in scharfer Weise, daß der Entwurf der Kommission, betreffend den Maximalarbeitsstag im Bäckereigewerbe usw. noch nicht in Gestalt eines Gesetzentwurfes an den Reichstag gelangt sei. Der Vorsitzende, Bäcker Most, der seiner Zeit von der Reichskommission als Vertrauensmann der Berliner Bäcker gewählt war, erklärte, daß die Forderungen der Bäcker Deutschlands weiter gingen, als der Entwurf der Kommission. Man werde sich aber vorläufig mit dieser Abschlagszahlung zufrieden geben. Wenn die Regierung den berechtigten Wünschen der Bäckereiarbeiter nicht entgegenkomme, würden dieselben von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen und im Frühjahr 1896 in den Streik eintreten. Diese Erklärung wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen.

Die Frau von dreißig Jahren.

H. de Balzac nacherzählt.

(3. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der junge Mann hatte eines dieser echt britanischen Gesichter, deren Teint so fein, deren Haut so sammetweich und so weiß ist, daß man sich manchmal zu der Annahme versucht fühlt, sie gehörten dem zarten Körper eines jungen Mädchens an. Er war blond, schlank und groß. Seine Kleidung hatte diesen Charakter von Zierlichkeit und Sauberkeit, der die „Fashionablen“ des gezeigten Englands auszeichnet. Man hätte meinen sollen, daß er bei dem Anblicke der Komtesse mehr aus Verschämtheit als Vergnügen erröthete.

Ein einziges Mal schlug Julie die Augen zu dem Fremden auf; allein sie war dazu gewissermaßen von ihrem Manne gezwungen worden, der sie aufforderte, die Beine eines echten Rassepferdes zu bewundern. Juliens Augen begegneten dabei denen des schüchternen Engländer's.

Von diesem Augenblicke an ließ der Edelmann sein Pferd nicht mehr neben der Kalesche herschreiten, sondern folgte einige Schritte hinterher.

Die Gräfin sah den Unbekannten kaum an. Sie gewahrte keine der Vollkommenheiten der Menschen- wie der Pferderasse, die bei ihm und seinem Thiere hervortraten, und warf sich in den Wagen zurück, nachdem sie eine leichte Bewegung mit den Augenbraunen gemacht hatte, als wollte sie dadurch ihrem Manne ihre Beistimmung zu erkennen geben.

Der Oberst schloß wieder ein und die beiden Gatten langten zu Tours an, ohne ein einziges Wort mit einander gesprochen zu haben, und ohne daß die entzückenden Landschaften der wechselnden Scene, durch die ihre Reise sie führte, auch nur ein einziges Mal Juliens Aufmerk-

samkeit auf sich zogen. Als ihr Mann schlief, betrachtete ihn Frau von Niglemont zu wiederholten Malen. Bei dem letzten Blicke, den sie ihm zuwarf, fiel in Folge eines heftigen Wagenstoßes ein Medaillon, das an einem Trauerbände um den Hals der jungen Frau hing, auf ihren Schooß und zeigte ihr plötzlich das Porträt ihres Vaters.

Bei diesem Anblicke stürzten ihre bis jetzt zurückgehaltenen Thränen aus den Augen. Vielleicht gewahrte der Engländer die feuchten und glänzenden Spuren, die diese Thränen einen Augenblick lang auf den blassen Wangen der Gräfin zurückließen, die aber die Luft schnell trocknete.

Von dem Kaiser beauftragt, dem Marschall Soult, der Frankreich gegen einen Einfall der Engländer in das Königreich Navarra zu verteidigen hatte, Befehle zu bringen, benutzte der Graf von Niglemont seine Sendung, um seine Frau den Gefahren, die damals Paris drohten, zu entziehen, und führte sie nach Tours zu einer seiner alten Verwandten.

Bald rollte der Wagen über das Steinpflaster von Tours, über die Brücke hinweg, in die Grande-Rue hinein, und hielt vor dem alterthümlichen Hotel, in dem die ehemalige Gräfin von Bistomere-Landon wohnte.

Als eine alte Kammerfrau der Gräfin den Besuch eines Neffen meldete, den sie seit lange Zeit nicht mehr gesehen hatte, nahm sie lebhaft ihre Brille ab und schloß das Buch, welches sie gerade las, ein; darauf gewann sie eine Art Schnelligkeit wieder und langte gerade in dem Augenblicke, als die beiden Ehegatten die Stufen hinaufschritten, oben auf der Treppe an.

Tante und Nichte warfen einen schnellen Blick auf einander.

„Guten Tag, liebe Tante,“ rief der Oberst, die alte Frau umfassend und eifrig küßend. „Ich führe Ihnen eine junge Person zu, um über sie zu wachen. Ich will

Ihnen meinen Schatz anvertrauen. Meine Julie ist weder kokett noch eifersüchtig, sie besitzt die Sanftmuth eines Engels, sie wird hier hoffentlich nicht verzo-gen werden,“ sagte er, indem er sich unterbrach.

„Taugenichts!“ versetzte die Gräfin und warf ihm einen spöttischen Blick zu.

Sie hielt zuerst Julien mit einer gewissen liebenswür-digen Anmuth ihren Mund hin, um sich von ihr küssen zu lassen. Letztere blieb nachdenkend und schien mehr verlegen als neugierig.

„So sollen wir also Bekanntschaft mit einander machen, mein liebes Herz?“ erwiderte die Gräfin. „Fürchten Sie sich nicht zu sehr vor mir; jungen Leuten gegenüber suche ich nie alt zu sein.“

Bevor sie im Salon ankamen, hatte die Marquise schon nach kleinstädtischer Sitte ein Frühstück für ihre beiden Gäste bestellt; aber der Oberst legte die Beredsamkeit seiner Tante dadurch in Fesseln, daß er ihr mit ernstem Tone mittheilte, er könne ihr nur so viel Zeit widmen, als der Pferdewechsel auf der Post verlangte. Die drei Verwandten traten also auf das Schnellste in den Salon, und der Oberst hatte kaum Zeit, seiner Großtante die politischen und militärischen Ereignisse zu erzählen, die ihn nöthigten, dieselbe um ein Asyl für seine junge Frau zu bitten. Während dieser Zeit blickte die Tante abwechselnd sowohl ihren Neffen, der ununterbrochen erzählte, wie ihre Nichte an, deren Blässe und Traurigkeit ihr durch diese gezwungene Trennung verursacht zu sein schienen. Sie machte gerade ein Gesicht, als ob sie sagen wollte: „Ei, ei! Wie diese jungen Leute sich lieben!“

In diesem Augenblicke ertönte plötzlich auf dem alten, schweigenden Hofe, zwischen dessen Pflaster schon das Gras empor sproste, Peitschengeknall. Victor küßte von Neuem die Gräfin und verließ schnell die Wohnung.

Der Buchdruckerstreik in Budapest soll, wie der „Wältschen Zeitung“ geschrieben wird, im Gelblichen begriffen sein, da viele Druckereien den neuen Tarif angenommen haben. Die Blätter erscheinen wieder in ihrem ganzen Umfang.

Aus Nah und Fern.

Der Kerger unserer Feinde über die Opferwilligkeit unserer Parteigenossen kommt oft in recht drastischer Weise zum Ausdruck. In der antisemitischen „Täglichen Rundschau“ steht zu lesen: „Unter den Oktober Einnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes findet sich wieder einmal ein anonymes Beitrags von Mk. 10000 unter der Firma „Nordische Wasserkante“ verzeichnet. Diese „Nordische Wasserkante“ hatte nach dem offiziellen Bericht der Parteileitung im vorigen Rechnungsjahre nicht weniger als Mk. 50000 beigetragen, und zwar Mk. 30000 im März und Mk. 20000 im August vorigen Jahres. Da die allgemeinen Einnahmen der sozialdemokratischen Parteileitung im vorigen Rechnungsjahre nur Mk. 146401 betragen, so entfällt demnach mehr als ein Drittel dieser Einnahmen auf den ungenannten Spender. Man wird wohl nicht irren, wenn man die Firma „Nordische Wasserkante“ nicht weit von der Börse sucht.“ — Die nordische Wasserkante wird es uns wohl nicht abnehmen, so bemerkt der „Vorwärts“ hierzu, wenn wir dem antisemitischen Blatte verrathen, daß sie etwa eine Viertelstunde von der Börse entfernt liegt. Jetzt möge die „Tägliche Rundschau“ die Spur weiter verfolgen und die Wasserkante durch einen Reporter ablaufen lassen.

Dr. Rüger, den hiesigen Genossen bekannt (er hat einen Vortrag über Lessings „Nathan“ gehalten), ist am Sonntag gestorben. Dr. Rüger war in den letzten Jahren geistig unmachtig und trotzdem wurde er von Gericht zu Gericht geschleppt und ins Gefängnis gesteckt. Als er vor ca. 1 1/2 Jahren von Elberfeld aus nach Holstein vor Gericht gebracht wurde, stellte man seinen Geisteszustand endlich gerichtlich fest; trotzdem überließ man den Kranken sich selbst und seinem Schicksal, nur daß das gerichtliche Verfahren eingestellt wurde. Die Folge war, daß Dr. Rüger in der Irre herumliegend und kein Mensch wußte, wo er war. Endlich wurde der unglückliche Mann auf der Landstraße in Westfalen in einem völlig desolaten Zustande aufgegriffen, nach Elberfeld und dann nach Grafenberg überführt.

Der Fall Hammerstein soll, wie die „Berl. Zeitung“ erzählt, nächstens trotz der Abwesenheit des Hauptschuldigen in öffentlicher Gerichtsverhandlung erörtert werden. Gegen einen Papierhändler soll Anklage wegen Vertheilung an der von Hammerstein begangenen Untreue erhoben sein. Hammerstein hatte einem Papierlieferanten den ungeheuerlichen Preis von 40 Pfg. für das kilo Druckpapier aus der Tasche der Kreuzzeitungsbesitzer bewilligt und sich als Entgelt dafür größere Summen als Darlehen vorstrecken lassen.

Magdeburg. Vom hiesigen Schwurgericht wurde die verehelichte 46 jährige Arbeiterin Hinge Elisabeth geb. Schmidt aus Gr.-Ammensleben, welche das am 19. Juni d. Js. auferhelich geborene Söhnchen ihrer Tochter durch wiederholtes Eingeben von Schnaps bereits am 30. dess. Mts. zum „Engel gemacht“ hatte, wegen vorsätzlichen und mit Ueberlegung vollführten Mordes zum Tode verurtheilt. Das entmenschte Weib nahm den Spruch ruhig und kalt entgegen.

Wegen Unterschlagung in der Höhe von 1300 Mk. wurde in Magdeburg der Kassirer des „Verbandes

der Porzellan- und verwandten Arbeiter“ (Hirsch-Dunker) Wähler zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Wähler gab an, das Geld für sich und seine Familie zum Lebensunterhalt gebraucht zu haben.

Wegen Verleumdung des Reichsgerichts ist gegen den Redakteur des in Halberstadt erscheinenden freisinnigen „General-Anzeigers“, Trappe, ein Strafverfahren eingeleitet worden. In einem Artikel, der sich mit der jüngsten Reichsgerichts-Entscheidung, betreffend die deutlich sichtbare Verleumdung der von Gerichtsvollziehern gepfändeten Gegenstände, beschäftigte, wurde ein Vergehen gegen §§ 131, 185 N.-S.-G. gefunden. Die betreffende Nummer wurde beschlagnahmt.

Wolkenstein. Ein kaum 16 jähriges Fabrikmädchen tödete unmittelbar nach der Geburt ihr Kind durch Hammerschläge auf den Kopf und schnitt hierauf dem leblosen Wesen noch die Kehle durch. Die Leiche wurde von Leuten, die durch das Schreien des Kindes aufmerksam geworden waren, unter einem Haufen Hobelspäne entdeckt.

Der in Folge des bekannten Austritts im Kurjaale zu Riffingen wegen Verleumdung des Vabekommisars Frhr. v. Längen zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilte Amerikaner Stern hat auch den zweiten Termin vorübergehen lassen, ohne seine Strafe anzutreten. Hierdurch ist nach der „Post“ die seitens Sterns gestellte Kaution von 80000 Mk. dem Fiskus verfallen.

Von der „Blüte der Nation.“ Das Blatt „Der Elässer“ schreibt: „Drei heikle Sachen wurden zur Zeit in Wetz vielfach besprochen. Premier-Lieutenant Jakobsen, Adjutant in der 16. Feld-Artillerie-Brigade hat sich in Maasricht (Holland) erschossen, weil er in einem Meher Hotel ein schrupliches Verbrechen an einem noch nicht 14 Jahre alten Mädchen begangen hat. Sein Opfer liegt darnieder in Dispensär. Ein anderer Lieutenant hat sich aus dem Staube gemacht, weil er gegen § 175 des Strafgesetzbuchs (widernatürliche Unzucht) gehandelt haben soll. Ein dritter Lieutenant sitzt hinter Thür und Kiegel, desselben Verbrechens angeklagt.“ Das ist eine hübsche Chronik. Die Sozialdemokratie, die bekanntlich Zucht und Sitte zerstören will, findet nach der praktischen Arbeit dieser Ordnungsstützen bald nichts mehr zu thun.

Ein Familiendrama. Wien. In Hernals hat der Fialertuischer Ludwig Eisner aus Noth sein eigenes Kind erschlagen und sodann sich in selbstmörderischer Absicht schwere Verletzungen zugefügt. Er liegt auf den Tod darnieder. Ludwig Eisner hatte mit seiner Frau Marie Eisner und dem dreijährigen Töchterchen, das der Ehe entsprossen war, in der Hernals Hauptstraße 123 eine ärmliche Wohnung inne. Die Gatten lebten in bester Harmonie und Eisner war ein sehr guter Hausvater. Seit einigen Wochen war Eisner jedoch ohne Stelle und in seinem Hause herrschte Noth und Elend. Dadurch reiste in ihm der Entschluß, sich und sein Kind, an dem er zärtlich hing, aus der Welt zu schaffen. Nachmittags schickte er seine Frau unter einem Vorwande in den Garten des Hauses; die Frau hatte sich kaum entfernt, als sie in ihrer Wohnung ihr Kind entsetzlich schreien hörte. Sie eilte rasch zurück und rüttelte an der indessen von innen verschlossenen Thür, hinter der sie wehklagen und stöhnen hörte. Sie rief, zitternd vor Angst, Hilfe herbei; ein Sicherheitswachmann kam, schlug eine Fensterscheibe der Parterwohnung ein und stieg mit der Frau in die Wohnung. Sie machten Licht und sahen nun ein gräßliches Bild. In einer Blutlache auf dem Fußboden lag mit zerschmettertem Kopfe die kleine Marie, und neben ihr, den Kopf mit schweren Wunden bedeckt, röchelnd

ihr Vater. Neben ihm fand man ein blutiges Holzbeil und auf einem Tische ein blutbeflecktes Küchenmesser. Man rief Ärzte herbei. Diese stellten fest, daß das Kind bereits todt sei, es war durch zwei furchtbare Hieb- hiebe auf den Kopf getödtet worden. Nachdem er sein Kind erschlagen, hatte Eisner gegen seinen Kopf nicht weniger als neun Hiebe mit dem Beil geführt. Dann hatte er sich das Küchenmesser so tief in die Brust gestoßen, daß es die Lunge durchdrungen hatte. Das Messer hatte er aus der Wunde wieder herausgezogen und auf den Tisch gelegt, ehe er zusammengebrochen war. Als die Ärzte erschienen, war er trotz der schweren Verletzungen bei voller Besinnung und stöhnte schmerzlich: „Was habe ich gethan?“ Die unglückliche Mutter war der Verzweiflung nahe und mußte unter Beobachtung gestellt werden.

Ein Sohn des Wiener Millionärs Schweiger, Max Schweiger, ist von dem Pester Gericht wegen Wechsel- fälschung — er hatte drei Wechsel in der Gesamthöhe von 31,000 W. auf den Namen seines Vaters gefälscht — zu acht Monaten Kerker verurtheilt worden. Mit ihm wurde der Geldagent Alexander Steiner wegen Ur- kundenfälschung und Veruntreuung zu 4 1/2 Jahren Zucht- haus verurtheilt.

Einen Einblick in das Getriebe eines Weltblattes giebt eine Klauderei in Mr. Stures „Magazine“ über die „Times“, ihre Besitzer, Redakteure u. s. w., in der es heißt: „Es giebt, entgegen der herrschenden Ansicht, in der Redaktion der „Times“ keinen formellen Rath oder Ausschuss. Ein Mann herrscht absolut. Er, der Chef- redakteur, schreibt nichts selbst, kontrollirt aber alles Geschriebene. Ist er im Zweifel, so kontrollirt er seine Assistenten, unter denen an erster Stelle Sir Donald Mackenzie Wallace, der Redakteur für Auswärtige, steht. Es folgen dann der Redakteur für Kolonialsachen, der für kirchliche Nachrichten, der Kunstkritiker, ein Rath von fünf militärischen Sachverständigen, ein Redakteur für Marinesachen, einer für das Geographische, der Theater- kritiker u. Das Rechts- Departement hat 18 gelehrte juristische Reporter für die Hauptzivilgerichte, 8 für die Schwurgerichte und 17 für die Polizeigerichte. London ist in 19 Distrikte eingetheilt, auf deren jeden ein Reporter fällt, der für alle seine Nachrichten, die unter kein bestimmtes Departement fallen, verantwortlich ist. Dann giebt es einen Arbeiter-Reporter, einen Cricket-Reporter, einen Fußball- und Golf-Reporter, einen Nacht-Reporter und zwei Renn-Reporter. Außerdem giebt es einen Spezial-Berichterstatter für Feuer, einen für Eisenbahnen und einen für astronomische Ereignisse. Der Chef des Stabes der Parlaments-Berichterstatter Mr. Broadbent hat 18 Stenographen unter sich. Die „Times“ haben ferner in jedem der 670 Wahlkreise Großbritanniens einen Vertreter. Im Auslande unterhalten sie als Vertreter in Paris fünf, in Berlin und Wien je zwei, in Petersburg, Rom, Odesa, Brüssel, Madrid je einen, in Konstantinopel zwei, dann je einen in Lissabon, Athen, Egypten, Malta, Südafrika und Sansibar, drei in Indien, je zwei in China, Australien und den Vereinigten Staaten, einen in Kanada und einen in Südamerika.“

Newyork. Ein Senator als Brandstifter. Das „Wiener Extrablatt“ meldet aus Newyork: Großes Aufsehen erregt die in Amsterdam (im Staate Newyork) vorgenommene Verhaftung des ehemaligen Senators und Kongressmitgliedes, Staatskontrolleurs Wendle, eines Deutschen. Derselbe steht unter der Anklage der Brandstiftung und soll seine eigene Fabrik und ein Nachbarhaus angezündet haben.

„Lebe wohl, meine Liebe,“ sagte er und küßte seine Frau, die ihm bis zum Wagen gefolgt war.

„Ach, Victor, laß' mich Dich noch weiter begleiten,“ entgegnete sie mit zärtlicher Stimme, „ich möchte Dich nicht verlassen.“

„Wie kannst Du nur daran denken?“

„So lebe denn wohl,“ versetzte Julie, „da Du es einmal willst.“

Der Wagen verschwand.

„Sie lieben meinen armen Victor also so sehr?“ fragte Gräfin ihre Nichte, indem sie einen jener forschenden Blicke auf dieselbe heftete, den alte Frauen auf junge richten.

„Ach, Madame,“ erwiderte Julie, „muß man nicht einen Mann lieben, um ihn zu heirathen.“

Diese Worte wurden mit einem Tone von Naivität ausgesprochen, der ein reines Herz oder auch tiefe Geheimnisse verrathen konnte. Eine Frau, neugierig wie die alte Gräfin, mußte sich angetrieben fühlen, das Geheimniß dieses jungen Hausstandes zu errathen. Tante und Nichte standen in diesem Augenblicke auf der Schwelle des Thorweges und sahen der davoneilenden Kalesche nach. Die Augen der Gräfin drückten keine Liebe aus, wie die Marquise sie verstand. Die alte, gute Dame war eine Provençalin und ihre Leidenschaften waren sehr lebhafter Natur gewesen.

„Sie haben sich also von meinem Taugenichts von Neffen einfangen lassen?“ fragte sie ihre Nichte.

Die Gräfin zitterte unwillkürlich, denn Ton und Blick dieser alten Kalesche schienen ihr eine tiefere Charakterkenntniß Victor's anzukündigen, als sie vielleicht selber hatte. Beunruhigt hüllte sich Frau von Niglemont deshalb in diese ungeschickte Verstellung, die erste Zuflucht naiver und leidender Herzen. Frau von Niglemont begnügte sich mit Juliens Antworten; aber sie dachte freudig daran, daß ihre Einsamkeit durch irgend eine geheime

Liebschaft erheitert werden könnte, denn ihre Nichte schien ihr einen belustigend zu unterhaltenden Liebeshandel zu haben.

Als Frau von Niglemont sich in einem großen Salon befand, dessen reiche Tapeten von Goldflecken eingefast waren, und gegen die durch die Fenster hereindringende Kälte durch einen chinesischen Windschirm geschützt, vor einem großen Feuer saß, konnte sich ihre Traurigkeit nicht verlieren. Nur schwer konnte unter so altem Deckengetüfel und hundertzähligen Möbeln Heiterkeit entstehen. Gleichwohl empfand die junge Pariserin eine Art Vergnügen, in diese tiefe Einsamkeit und die feierliche Stille der Provinz einzutreten. Nachdem sie mit dieser Tante, an welche sie als Neuvermählte einen Brief geschrieben, einige Worte gewechselt hatte, verharrte sie schweigend, als ob sie auf eine Opernmusik gelauscht hätte.

Erst nach zwei Stunden einer fast unheimlichen Stille wurde sie sich ihrer Unhöflichkeit gegen ihre Tante bewußt; es fiel ihr ein, daß sie ihr nur kalte Antworten gegeben hatte. Die alte Frau hatte mit jenem anmuthsvollen Instinkte, der die Leute der alten Zeit charakterisirt, die Laune ihrer Nichte geachtet. In diesem Augenblicke strickte die behagte Dame. In Wirklichkeit hatte sie sich mehrmals entfernt, um sich mit einem gewissen, modern eingerichteten Zimmer zu beschäftigen, in dem die Gräfin schlafen sollte und wo die Leute des Hauses gerade das Gepäck unterbrachten; aber darauf hatte sie wieder in einem großen Sessel Platz genommen und betrachtete die junge Frau verstohlen. Beschämt, daß sie sich einem unwillkürlichen Nachdenken überlassen hatte, versuchte Julie sich durch einige witzige Bemerkungen Verzweigung zu verschaffen.

„Meine liebe Kleine,“ versetzte die Tante, „wir kennen den Schmerz der Wittwen.“

Sie hätte vierzig Jahre alt sein müssen, um die Ironie, welche die Lippen der alten Dame ausdrückten,

zu ahnen. Am folgenden Tage benahm sich die Gräfin weit besser, sie plauderte. Frau v. Niglemont verzweifelte nicht mehr daran, diese Neuvermählte, die sie anfänglich für schon und albern gehalten hatte, vertraut zu machen; sie unterhielt sie von den Freuden der Provinz, der Wälle und der Häuser, die sie besuchen konnte. An diesem Tage waren alle Fragen der Marquise eben so viele Fallstricke, die sie sich nach einer alten Hofsite nicht erwehren konnte, ihrer Nichte zu legen, um ihren Charakter zu errathen. Einige Tage lang widerstand Julie allen dringenden Auforderungen, außerhalb Zerstreungen aufzusuchen. Trotz des heftigsten Verlangens der alten Dame, mit ihrer hübschen Nichte stolz erscheinen zu können, verzichtete sie dann auch endlich darauf, sie in die Welt einführen zu wollen. Einen Vorwand für ihre Einsamkeit und ihr betrübtes Wesen hatte die Gräfin in dem Gram gefunden, den ihr der Tod ihres Vaters, um den sie noch Trauerkleider trug, verursacht hatte. Nach Verlauf von acht Tagen bewunderte die alte Dame Juliens engelgleiche Sanftmuth, bescheidene Anmuth und nachsichtigen Geist und interessirte sich seitdem wunderbar für die geheimnisvolle Melancholie, die an diesem jungen Herzen zehrte. Die Gräfin gehörte zu diesen zur Liebeshübschheit gehorenen Frauen, die das Glück mit sich zu bringen scheinen. Ihre Gesellschaft wurde der Frau v. Niglemont so angenehm und so köstlich, daß sie in ihre Nichte wie vernarrt wurde und sich nie von ihr zu trennen wünschte. Ein Monat genügte, um zwischen ihnen eine ewige Freundschaft herbeizuführen. Nicht ohne Ueberraschung bemerkte die alte Dame, welche eine Veränderung sich in den Gesichtszügen der Frau von Niglemont vollzog. Die lebhaften Farben, die auf ihrem Gesichte hervorgetreten waren, verloren sich allmählich, und es nahm eine matte Blässe an. Während Julie ihren ersten Glanz verlor, wurde sie weniger traurig.

(Fortsetzung folgt.)